

## Datum

17. August 2017

## Für ein Sterben in Würde

ZdK kritisiert Herman Van Rompuy

Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Prof. Dr. Thomas Sternberg, kritisiert die Intervention des ehemaligen Ministerpräsidenten Belgiens, Herman Van Rompuy, gegen Papst Franziskus. Es müsse bei der Auseinandersetzung um die aktive Sterbehilfe in belgischen Ordenskliniken darum gehen, "die Unterschiede zwischen einer menschenwürdigen Sterbebegleitung und einer aktiven, gegen die Menschenwürde verstoßenden Sterbehilfe bewusst zu machen und die notwendige Öffentlichkeit herzustellen", unterstreicht Sternberg. "Die aktive Sterbehilfe, wie sie in Belgien, den Niederlanden und Luxemburg praktiziert wird, ist und bleibt mit der katholischen Lehre nicht vereinbar. Van Rompuys Statement irritiert in seiner Missachtung des christlichen Menschenbildes und in seiner mangelnden Begriffspräzisierung."

Sternberg verweist auf die ZdK-Erklärung "Ja zur palliativen Begleitung – Nein zur organisierten Suizidbeihilfe" vom Oktober 2014: "Als Christen achten wir das Recht auf Selbstbestimmung hoch. Durch ein Verbot der organisierten Suizidbeihilfe wird es gegen die Fremdbestimmung durch gesellschaftlichen Erwartungsdruck geschützt." Es wäre für jeden Betroffenen wie für das gesellschaftliche Klima unerträglich, wenn sich ältere oder lebensbedrohlich erkrankte Menschen von außen zu einem suizidalen Verlangen gedrängt sähen, das ihren eigentlichen Überzeugungen und Wünschen zuwiderläuft. Dass ein katholischer Orden in Belgien es sich – auch auf päpstliche Weisung hin – nicht verbieten lassen wolle, in seinen 15 psychiatrischen Kliniken aktive Sterbehilfe auszuüben anstelle auf Palliative Care zu setzen, sei ihm "unbegreiflich."

Sternberg wörtlich: "Aus christlicher Sicht gilt es für ein Sterben in Würde, Hilfe IM Sterben zu ermöglichen und nicht Hilfe ZUM Sterben." Zugleich verweist Sternberg auf eine systematische Weiterentwicklung der regionalen ambulanten Hospiz- und Palliativversorgung mit dem Ziel, "allen Patienten einen sicheren und gleichen Zugang zu den Strukturen der jeweiligen Formen der Begleitung zu ermöglichen."